INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

Online Magazin IAB-Forum

Nürnberger Gespräche: Unser Klima retten und unsere Jobs – geht das überhaupt?

30. Oktober 2019 | Nadine Segert-Hess

Was ist konkret zu tun, um den Klimawandel aufzuhalten? Darüber wird in der Öffentlichkeit derzeit heftig diskutiert. Die einen fordern radikale Maßnahmen, bleibe doch nicht mehr viel Zeit, um die Erderwärmung zu begrenzen. Die anderen warnen vor einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen beispielsweise in der Autoindustrie. Die jüngsten Nürnberger Gespräche widmeten sich deshalb der Frage, ob und wie beides gerettet werden kann – unsere Jobs und unser Klima.

Der Klimawandel ist auf dem Vormarsch, davor warnen Forscher seit Langem. Angesichts der jüngsten Trockenperioden und nicht zuletzt dank der Fridays-for-Future-Bewegung ist diese Erkenntnis mittlerweile bei weiten Teilen der Gesellschaft angekommen. An den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Antworten auf den Klimawandel scheiden sich allerdings die Geister.

Mit dem jüngst verabschiedeten und viel diskutierten Klimaschutzpaket will die Bundesregierung die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 95 Prozent reduzieren. Die im Klimapaket vorgesehenen Maßnahmen halten indes nicht nur die Fridays-for-Future-Aktivisten für unzureichend. Zugleich erheben sich aber auch die Stimmen derjenigen, die Beschäftigungsverluste befürchten. So warnte die damalige SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles vor einer „Blutgrätsche“, die den Beschäftigten in der Braunkohle durch einen allzu schnellen Kohleausstieg drohe. Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier betonte jüngst, dass der Klimaschutz nicht zulasten von Jobs gehen dürfe.

Walwei: „Konsequenter Klimaschutz führt in jedem Fall zu einem massiven Strukturwandel“

„Was bedeutet es, eine Volkswirtschaft innerhalb von wenigen Jahrzehnten faktisch klimaneutral umzubauen?“, fragte IAB-Vizedirektor Prof. Dr. Ulrich Walwei bei den Nürnberger Gesprächen am 21. Oktober dieses Jahres. In jedem Fall werde ein konsequenter Klimaschutz einen massiven Strukturwandel auslösen, zeigte sich der Ökonom in seinem Einführungsreferat überzeugt. Es werde Wirtschaftszweige geben, die spürbar an Bedeutung und damit auch an Beschäftigung verlören.

IAB-Vizedirektor Ulrich Walwei ging in seiner Einführungsrede auf aktuelle Forschungsergebnisse ein.

Walwei verwies dabei auf eine Studie des „Center Automotive Research“ der Universität Duisburg-Essen, wonach durch die Umstellung auf Elektromobilität mehr als 120.000 Stellen in der Automobilbranche wegfallen könnten – ein Ergebnis, das durch Analysen des IAB tendenziell bestätigt werde (lesen Sie hierzu auch das Interview mit Enzo Weber und Christian Schneemann im IAB-Forum).

Gesamtwirtschaftlich betrachtet müsse sich der Klimaschutz jedoch nicht zwingend negativ auf die Beschäftigung auswirken, sagte Walwei und verwies auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Prognos AG. Zwar würden Jobs wegfallen. Durch den Klimaschutz könnten aber auch neue Jobs entstehen, etwa in der regenerativen Energiewirtschaft, in der Baubranche und bei der umweltfreundlichen Mobilität. Die Frage, die Walwei dabei besonders umtrieb: Wie lässt sich sicherstellen, dass die Beschäftigten in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Branchen nicht auf Dauer zu den Verlierern des Strukturwandels gehören?

Die CO_2-Preise im Klimaschutzpaket der Bundesregierung entfalten kaum Lenkungswirkung

Reichen die 66 Einzelmaßnahmen aus dem Klimaschutzpaket aus, um das Ziel einer Reduktion von Treibhausgasemissionen um 95 Prozent überhaupt zu erreichen? Mit dieser Frage eröffnete Moderator Niklas Záboji, Wirtschaftsredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die sehr gut besuchte Podiumsdiskussion im Historischen Rathaussal der Stadt Nürnberg. Fast durch die Bank hagelte es vonseiten der Diskutantinnen und Diskutanten mehr oder minder deutliche, teils harsche Kritik für das Klimapaket der Bundesregierung. Vor allem was die Regelungen zur CO_2-Bepreisung angeht, war sich die Runde einig: Diese sei unzureichend und entfalte kaum Lenkungswirkung.

Laut Gesetzentwurf soll der Einstiegspreis für eine Tonne CO_2 ab 2021 bei 10 Euro liegen und bis 2025 auf 35 Euro ansteigen. Danach soll die Höhe des Preises weitestgehend dem Markt überlassen bleiben, allerdings bei 60 Euro gedeckelt werden.

Grimm: „Ein Einstiegspreis zwischen 35 und 50 Euro pro Tonne CO_2 ist angemessen“

Prof. Dr. Veronika Grimm von der FAU sprach sich für einen Einstiegspreis von 35 bis 50 Euro pro Tonne CO_2 aus.

Veronika Grimm, Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Vorsitzende der Wissenschaftlichen Leitung des Nürnberger Energiecampus, forderte stattdessen einen Einstiegspreis zwischen 35 und 50 Euro – was auch der Unternehmer Alexander Hofmann für zielführend hält.

Dem schloss sich auch Martin Stümpfig, Sprecher für Energie und Klima der Grünen im Bayerischen Landtag, an. Er plädierte für einen Einstiegspreis von 40 Euro und für die Streichung sämtlicher klimaschädlicher Subventionen in Höhe von derzeit 57 Milliarden Euro. Die dadurch eingenommenen Mittel sollten als Energiegeld von zunächst 100 Euro pro Kopf und Jahr wieder an die Menschen ausgeschüttet werden.

Die Fridays-for-Future-Sprecherin für Nürnberg, Fabia Klein, ging noch ein Stück weiter und sprach sich für einen CO_2-Preis von 180 Euro pro Tonne aus.

Hofmann: „Klimaschutz ist ein wichtiger Innovationstreiber“

Unternehmer Alexander Hofmann ist überzeugt, dass Umwelt- und Klimaschutz positive Effekte auf die Wirtschaft hat. „Klimaschutz ist ein wichtiger Innovationstreiber auch für unsere Firma“, sagte der Verwaltungsrat und Gesellschafter der Wiegel-Gruppe, einem Unternehmen, in dem Stahl mit dem Verfahren der Feuerverzinkung gegen Korrosion geschützt wird. Dadurch können Stahlprodukte um ein Vielfaches länger haltbar gemacht werden, was sich laut Hofmann sehr positiv auf die CO_2-Bilanz auswirkt.

Unternehmer Alexander Hofmann vermisst im Klimaschutzpaket der Bundesregierung Anreize für Innovationen.

Dank einer das Verfahren und die Branche revolutionierenden Basisinnovation sei das Unternehmen nunmehr europaweit tätig und habe seine Mitarbeiterzahl innerhalb von 30 Jahren verfünffacht, so Alexander Hofmann. Er vermisst im Klimaschutzpaket deshalb vor allem innovative Anreize für Firmen, um neue Technologien zu entwickeln.

Ähnlich sieht es auch Veronika Grimm. Die Entwicklung neuer Technologien, die beispielsweise zur Dekarbonisierung der Industriewirtschaft führen, haben ihr zufolge „hohes Potenzial“ und könnten Arbeitsplätze schaffen. Wichtig sei, dass die Entwicklung solch komplexer Technologien und die Produktion künftig in Deutschland und nicht in Fernost stattfänden, verweist die Professorin warnend auf das Beispiel der Solarzellen, die mittlerweile größtenteils im Ausland produziert werden.

Aus Sicht von Martin Stümpfig genügen neue Technologien, Anreize und gezielte Förderung allein nicht, um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen. Es bedürfe auch einer Verhaltensänderung jedes Einzelnen, beispielsweise bei Mobilität und Ernährung, so der Grünen-Politiker. Der Staat müsse zudem ordnungsrechtliche Maßnahmen ergreifen.

Zumindest Andrees Gentzsch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, vermochte dem Klimaschutzpaket der Bundesregierung auch positive Seiten abzugewinnen. So sei erstmals die Zielmarke von 10 Millionen Elektroautomobilen auf deutschen Straßen bis zum Jahr 2030 festgehalten worden. Damit lohne sich nun auch für Firmen eine langfristige Investition in die Ladeinfrastruktur. „Am Ende wird es nur funktionieren, wenn es sich rechnet und trotzdem Klimaschutz bedeutet“, fasste Gentzsch zusammen.

Fabia Klein, Fridays-for-Future-Sprecherin für Nürnberg, fordert eine gänzliche Abkehr vom Individualverkehr.

Klein plädiert für Abkehr von Individualverkehr

Fabia Klein hingegen, die Fridays-for-Future-Sprecherin für Nürnberg, forderte eine gänzliche Abkehr vom Individualverkehr, schließlich seien auch E-Autos extrem klimaschädlich. Stattdessen müsse man den Örtlichen Personennahverkehr weiter ausbauen. Zudem gäbe es Berufe in manchen Branchen, etwa der Kohle- und Autoindustrie, die einfach nicht mehr zeitgemäß seien. Dafür entstünden an anderer Stelle, beispielsweise bei den erneuerbaren Energien, neue Arbeitsplätze. Es sei Aufgabe der Bundesregierung, die Menschen entsprechend weiterzubilden, betonte die 17-jährige Klimaaktivistin.

Impulsvortrag: Wie stark sind Arbeitsplätze vom ökologischen Transformationsprozess betroffen?

Wie stark Arbeitsplätze vom ökologischen Transformationsprozess betroffen sind, erläuterte IAB-Forscher Dr. Markus Janser in einem kurzen Impulsvortrag. Dabei ging er auf die drei besonders betroffenen Branchen Braunkohlebergbau, Automobilwirtschaft und Umweltwirtschaft ein. Dass diese drei Branchen von sehr unterschiedlicher Größenordnung sind, veranschaulichte Janser anhand von drei verschieden großen Bällen.

IAB-Forscher Dr. Markus Janser erläuterte, wie stark Arbeitsplätze vom ökologischen Transformationsprozess betroffen sind.

Anders als aufgrund des Kohleausstiegs vielfach vermutet, seien es nicht die Beschäftigten im Braunkohlebergbau, die am stärksten unter Druck gerieten. In dieser Branche und in den nachgelagerten Bereichen seien zwar rund 16.000 Menschen beschäftigt, deren Jobs langfristig wegfallen würden. Allerdings sei ein Großteil davon gut qualifiziert. Als Beispiel nannte Janser Elektrotechniker, die auch in anderen Branchen gute Beschäftigungsperspektiven hätten. Außerdem zeige die Altersstruktur, dass diejenigen, die weniger gut qualifiziert seien, ohnehin bald in den Ruhestand wechseln würden. Die Transformation könne im Braunkohlebergbau also gut bewältigt werden, sagte Janser, der die relative quantitative Bedeutung dieser Branche mit einem Tischtennisball veranschaulichte.

Anders sähe es dagegen in der Automobilindustrie aus, dessen relative quantitative Bedeutung Janser anhand eines Basketballs deutlich machte. Dort sei mit 1,6 Millionen Beschäftigten die Zahl der Arbeitsplätze weit höher.

Zudem seien diese gleich von einer dreifachen Transformation betroffen, so Janser: Zum einen fielen Jobs durch die Digitalisierung weg, zum anderen bedeute die Umstellung auf postfossile Antriebsformen und der Mobilitätswandel hin zum autonomen Fahren, dass der Arbeitsaufwand vor allem in der Produktion der Antriebstechnologie geringer werde. So seien für die Herstellung eines Elektromotors viel weniger Arbeitsschritte nötig als für einen Verbrennungsmotor – mit negativen Folgen für die Beschäftigung. Andererseits entstünden neue Dienstleistungen, die Arbeitsplätze schaffen.

Wie gut die Branche die Transformation bewältige, hängt Janser zufolge vor allem davon ab, inwieweit neue Schritte in die Wertschöpfung integriert werden könnten, beispielsweise mit Blick auf Energiespeichertechnologien.

Quantitativ nochmals bedeutender ist die Umweltwirtschaft, zu der beispielsweise Recyclingbetriebe oder der Sektor der erneuerbaren Energien zählen. Die Beschäftigtenzahl sei dort seit der Jahrtausendwende sukzessive auf mittlerweile rund 2,8 Millionen Beschäftigte gewachsen, was Janser mit einem Wasserball, dem größten der drei Bälle, symbolisierte.

Dennoch seien in einzelnen Teilbereichen auch Arbeitsplätze verlorengegangen, so Janser. Insbesondere die Photovoltaikindustrie ist davon betroffen. Dort hätten politische Entscheidungen dazu geführt, dass die hiesigen Firmen dem internationalen Wettbewerb nicht mehr standhalten konnten und in den letzten Jahren 114.000 Arbeitsplätze abbauen mussten. Jansers Resümee: In der Umweltwirtschaft entstehen viele neue Arbeitsplätze, zugleich braucht dieser Industriezweig die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen, um weiter zu wachsen.

Gentzsch: „In der deutschen Photovoltaikindustrie ist nach wie vor Leben drin“

Für Andrees Gentzsch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, ist in der deutschen Photovoltaikindustrie trotz der drastischen Beschäftigungseinbrüche „nach wie vor Leben drin“. Er verweist dabei auf einen Anteil der Solarenergie an der deutschen Stromerzeugung von sieben Prozent. Dass die Fertigung größtenteils nicht mehr in Deutschland stattfindet, hält er für einen „notwendigen Anpassungsprozess“. Die Arbeitsplätze lägen in diesem Bereich nicht so sehr bei der Herstellung der Paneele, sondern bei der Installation, so der Verbandsvertreter.

Andrees Gentzsch vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hält Abstandregelungen für Windkrafträder für kontrapoduktiv.

Probleme sahen die Experten auf dem Podium allerdings bei der Windkraft. Sie sei in Deutschland fast komplett zum Erliegen gekommen, was zu massiven Arbeitsplatzverlusten geführt habe. Als ein Schuldiger gilt insbesondere die sogenannte 10-H-Regelung in Bayern. Danach müssen Windkraftanlagen einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden aufweisen.

Gentzsch zufolge ist es deshalb auch „absolut kontraproduktiv", dass die Abstandsregelung für Windkrafträder auf Druck der bayerischen Staatsregierung in das Klimapaket aufgenommen worden sind. Letztendlich komme es darauf an, in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für die Windkrafträder zu schaffen und außerdem ein Konzept zu entwickeln, dass Umweltschutz und Windkraft vereine. Das ginge nur vor Ort, gemeinsam mit den Kommunen, so Gentzsch – und weiß sich dabei mit dem Grünen-Politiker Martin Stümpfig einig.

Stümpfig: „Ein massiver Stellenabbau darf uns nicht auch noch im Bereich der Windkraft passieren"

Der bayerische Grünen-Politiker Martin Stümpfig warnte vor einem massiven Stellenabbau im Bereich der Windkraft.

Stümpfig brach sogleich eine Lanze für die Windenergie: „Fünf Räder versorgen eine ganze Kleinstadt wie Feuchtwangen mit Strom“, berichtete der Sprecher für Energie und Klima der Grünen im Bayerischen Landtag. In seinem Stimmkreisgebiet, dem Landkreis Ansbach, hätte man bis zur Einführung der 10-H-Regel Fortschritte gemacht. Gemeinsam mit den Kommunen seien geeignete Flächen ausgewiesen, andere wie das Gebiet um den Altmühlsee ausgespart worden. Eindringlich warnt der Landtagsabgeordnete: „Ein massiver Stellenabbau wie bei der Photovoltaikindustrie darf uns nicht auch noch im Bereich der Windkraft passieren.“

Am Beispiel des Neubaus von Windkrafträdern wird deutlich, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mit den Zumutungen, die die Energiewende auch für sie mit sich bringt, schwertun. Ähnliche Akzeptanzprobleme gibt es beim Bau von neuen Trassen, über die Strom aus erneuerbaren Energien durch Deutschland transportiert werden soll. Gegen geplante Trassen organisieren sich häufig Bürgerproteste.

„Keiner möchte mehr Stromtrassen oder Übertragungsnetze bauen, weil mittlerweile klar ist, was das bedeutet“, so Gentzsch. Neue Übertragungsleitungen seien aber unumgänglich. Man müsse daher mit den Bürgern in einen Dialog treten. Wer Klimaschutz wolle, müsse zu Kompromissen bereit sein. Der stockende Trassenausbau bereitet auch Alexander Hofmann Sorgen, dessen Firma nach eigenen Angaben Westeuropas größter Hersteller von Strommasten ist. Aus bürokratischen Gründen lägen viele Projekte im Moment brach, klagte der Unternehmer.

In der Schlussrunde richtete Fabia Klein nochmals einen eindringlichen Appell an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, gemeinsam an Klimaschutzmaßnahmen zu arbeiten und dabei vor allem auf die Wissenschaft zu hören. „Es geht um unser aller Zukunft und um die Zukunft unserer Kinder“, betonte sie unter lautem Beifall des Auditoriums.

Maly: „Es kann nicht alles so bleiben, wie es ist“

In seinem traditionellen Schlusswort suchte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPD) Antworten auf eine durchaus naheliegende Frage: Woran liegt es eigentlich, dass alle das Problem kennen und man trotzdem das Gefühl hat, dass nichts so richtig vorangeht in Sachen Klimaschutz? Malys Antwort fällt eher ernüchternd denn ermutigend aus: Weil wir uns mit Verhaltensänderungen schwertun – und zwar nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft. Als Beispiel führte Maly den Ausstieg aus der Atomenergie an, der erst jetzt, viele Jahrzehnte nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl, umgesetzt wird.

Klimaschutz bedeutet für den Einzelnen auch Zumutung und Bereitschaft zum Verzicht, sagte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Klimaschutz bedeute für den Einzelnen eben auch Zumutung und Bereitschaft zum Verzicht, etwa wenn es darum geht, Mobilität neu zu denken. So könne es keine Lösung sein, lediglich vom Verbrennungsmotor auf den Elektromotor umzusteigen, während sich die Anzahl an Fahrzeugen, die täglich im Nürnberger Stadtgebiet unterwegs sei, nicht verringere, sagte der Oberbürgermeister.

Auch das 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV, wie es die Stadt Wien bereits eingeführt hat, wäre für Nürnberg bei Lichte betrachtet keine praktikable Lösung – nicht zuletzt, weil es sich wohl nur durch sehr unpopuläre Maßnahmen an anderer Stelle, etwa sofortiges Abschleppen von Falschparkern, gegenfinanzieren ließe, sagte Ulrich Maly.

Konkreten Klimaschutz zu praktizieren, der den Bürgerinnen und Bürgern etwas zumutet und von diesen dennoch akzeptiert wird, sieht er als ein grundlegendes Dilemma. Wie es sich auflösen lässt, vermag wohl auch das Nürnberger Stadtoberhaupt letztlich nicht zu sagen.

Die Nürnberger Gespräche werden von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg ausgerichtet.

Fotos: Wolfram Murr, Photofabrik

Aktivieren Sie JavaScript um das Video zu sehen.
https://youtu.be/awf8imVeqWY

Zitationshinweis

Nadine Segert-Hess (2019): Nürnberger Gespräche: Unser Klima retten und unsere Jobs – geht das überhaupt? , In: Online Magazin IAB-Forum 30. Oktober 2019, https://iab-forum.de/nuernberger-gespraeche-unser-klima-retten-und-unsere-jobs-geht-das-ueberhaupt/, Abrufdatum: 24. May 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de